Manfred G. Schmidt
Tobias Ostheim · Nico A. Siegel
Reimut Zohlnhöfer (Hrsg.)

Der Wohlfahrtsstaat

Eine Einführung in den historischen und internationalen Vergleich

VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

Rose, Richard/Davis, P.L., 1994: Inheritance in Public Policy. Change Without Choice in Britain, New Haven/London.
Scharpf, Fritz W., 1999: Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch?, Frankfurt am Main/New York.
Schmidt, Manfred G., 1996: When parties matter: A review of the possibilities and limits of partisan influence on public policy, in: European Journal of Political Science 30 (2), 155-183.
Schmidt, Manfred G., 2002: Parteien und Staatstätigkeit, in: Gabriel, Oscar/Niedermeyer, Oskar/Stöss, Richard (Hg.), Parteiendemokratie in Deutschland, Bonn, 528-550.
Tsebelis, George, 1995: Decision Making in Political Systems. Veto Players in Presidentialism, Multicameralism and Multipartyism, in: British Journal of Political Science 25, 289-325.
Tufte, Edward R., 1978: Political Control of the Economy, Princeton.
Wagner, Adolph, 1893: Grundlegung der Politischen Ökonomie, Teil I. Grundlagen der Volkswirtschaft, Leipzig.
Wilensky, Harold L., 1975: The Welfare State and Equality. Structural and Ideological Roots of Public Expenditures, Berkeley.

2 Die Sozioökonomische Schule

Manfred G. Schmidt und Tobias Ostheim

2.1 *Einleitung*

Der erste und älteste maßgebliche Theoriestrang historisch und international vergleichender Wohlfahrtsstaatsforschung begreift Staatstätigkeit vor allem als Reaktion auf gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen und auf hierin wurzelnde Funktionsprobleme politischer Gemeinwesen. In den folgenden Abschnitten werden die wichtigsten Vertreter dieses Theoriezweigs genannt und deren Annahmen, Begriffe und Schlussfolgerungen vorgestellt. Welches sind die grundlegenden Annahmen ihrer Argumentation, welcher Begriffe bedienen sie sich besonders häufig, und welches sind die Erklärungsschemata für gemeinsame und unterschiedliche Politikinhalte im historischen und internationalen Vergleich wohlfahrtsstaatlicher Politik? Diese Leitfragen liegen dem ersten Abschnitt dieses Kapitels zugrunde.

Allgemein kann zunächst festgehalten werden, dass die sozioökonomische Theoriefamilie Staatstätigkeit vorrangig mit gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Bedarfslagen der Bevölkerung auf der einen Seite und sozioökonomischen Ressourcen der Gesellschaft und des Staates auf der anderen Seite erklärt. In dieser Theoriefamilie dominieren somit bedarfs- und ressourcenbasierte Erklärungen von Politikinhalten. Dabei wird insbesondere die Bedeutung von gesellschaftlichem Wandel für politische Aufgabenstellungen und Problemlösungen hervorgehoben. Vor allem die Folgen epochaler wirtschaftlicher und sozialer Veränderungen werden betont. Im 19. Jahrhundert waren dies insbesondere der Wandel von der Agrar- zur Industriegesellschaft, im 20. Jahrhundert die Entwicklung der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft und – insbesondere in den westlichen Ländern – die Alterung der Gesellschaften; in jüngster Vergangenheit ist schließlich der Wandel zur Wissensgesellschaft zu nennen.

Die gesellschaftlichen Konsequenzen vergangener und gegenwärtiger sozioökonomischer Veränderungen sind vielschichtig: zunehmende Arbeitsteilung und soziale Differenzierung, aber auch größere Freiheitsgrade des Einzelnen sind wichtige Stichworte. Der sozialökonomische Wandel bringt neue Funktionsprobleme mit sich und verstärkt bereits bestehende. Welche Funktionsprobleme sind

das? Unter anderem handelt es sich um die übermäßige Vernutzung kostbarer Ressourcen, zum Beispiel der Arbeitskraft, so die ältere Lehre. Die massenhafte Erzeugung von Risiken der Lebensführung (Invalidität, Krankheit, Arbeitslosigkeit, Alter) und den übermäßigen Verbrauch von Umweltressourcen nennt beispielsweise die Lehre von den „Sozialen Kosten" der Produktion. Solche Konsequenzen gesellschaftlicher Wandlungsprozesse verlangen nach Lösung durch die Politik – und zwar nach Problemlösung durch Staatstätigkeit, so die sozioökonomische Theorie.

Kern der Argumentation ist dabei die These, dass sozioökonomische Entwicklung einerseits mit sozialer Differenzierung, wachsendem wirtschaftlichen Reichtum und gesellschaftlicher sowie politischer Modernisierung einhergeht, aber andererseits ältere Institutionen überlastet, z.B. familiäre Sicherungsnetze und die im 19. Jahrhundert bestehende lokale Armenfürsorge. Dadurch entsteht Bedarf an politischer Problemlösung außerhalb der Familie und auf überlokaler Ebene. Diese Aufgabe fiel im 19. und 20. Jahrhundert in der Regel dem (National-) Staat zu. Sozioökonomische Entwicklungsmechanismen setzen die Politik folglich in die Zwangslage, solche Funktionsvakui zu füllen, die durch gesellschaftliche Entwicklungen erzeugt wurden und deren Beseitigung im Interesse der Systemstabilisierung dringlich erscheint. Zu den sozialökonomischen Erklärungsansätzen gehören Theorien der kapitalistischen Industriegesellschaft, so die marxistische Politische Ökonomie (Marx 1970), und nichtmarxistische Lehren der industriegesellschaftlichen Entwicklung, auf die man unter anderem in Harold Wilenskys (1975) und zuvor schon Detlev Zöllners (1963) Analysen zur wohlfahrtsstaatlichen Politik stößt. Aus dieser Theoriefamilie ragt zudem Adolph Wagners Gesetz der wachsenden Staatsaufgaben und Staatsausgaben heraus, das einen Wandel vom „Rechtsstaat zum Cultur- und Wohlfahrtsstaat" postuliert (Wagner 1893: 88; 1911). Eine Skizzierung der wichtigsten Annahmen und Aussagen der prominentesten Vertreter sozialökonomischer Erklärungsansätze ist Gegenstand des nächsten Abschnittes.

2.2 *Varianten und Vertreter der Theorieschule*

Karl Marx

Marx' Kapitalismustheorie sieht als zentralen Motor der sozioökonomischen Entwicklung das Vordringen einer kapitalistischen Marktwirtschaft, die im Zeichen eines ungeheuren Expansionsstrebens steht und die zwecks Profiterzielung

und Profitsteigerung (fast) alles zur Ware macht, auch die Arbeitskraft. Das Vordringen der kapitalistischen Marktwirtschaft entwickle Marx zufolge einerseits Produktivkräfte, andererseits bringe es fundamentale Spaltungen in der Gesellschaft mit sich. Der Anhäufung von (volkswirtschaftlichem) Reichtum auf der einen Seite entspreche auf der anderen der Vormarsch von „Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation" (MEW 23: 675). Der Kapitalismus entfaltet Marx zufolge eine selbstzerstörerische Energie, sofern die Politik dem Markt nicht durch regulierende Maßnahmen Einhalt gebietet. Ein Beispiel ist Marx' Analyse der Fabrikgesetzgebung in England in „Das Kapital" (Kapitel 8, insbesondere 294 ff. sowie 504 ff.). Mit der Fabrikgesetzgebung wird per Beschränkung der täglichen Arbeitszeit ein Funktionsproblem abgearbeitet, das die wirtschaftliche Entwicklung hervorruft: übermäßige Ausbeutung der Arbeitskraft und damit tendenzielle Zerstörung der Arbeitskraft. Allerdings ist, so Marx' These, die Problemlösung widersprüchlich, ja systemgefährdend. Die Beschränkung der Arbeitszeit wirkt als Anreiz für arbeitssparenden technischen Fortschritt. Sie beschleunigt, so Marx weiter, die Entwicklung der Produktivkräfte – und führt somit zur vorzeitigen Sprengung der „kapitalistischen Hülle" der Produktivkraftentwicklung.

Nicht nur marxistische, sondern auch nichtmarxistische Analysen haben die Zusammenhänge zwischen sozioökonomischer Entwicklung und Staatstätigkeit herausgearbeitet. Zu ihnen zählen Konvergenztheorien, beispielsweise die Lehre vom Vordringen des *industrial man* (Kerr u.a. 1963) und andere Spielarten von Modernisierungstheorien. Ihnen gemeinsam ist die Annahme, dass die sozioökonomische Modernisierung mit allgemeinen Tendenzen, etwa dem Vordringen von Rationalitätsprinzipien, Differenzierung und Herrschaft der Bürokratie (Max Weber) einhergehe. Entscheidend ist das grundsätzliche Verständnis von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat. Die „Universalien" der Modernisierung breiten sich demzufolge weitgehend unabhängig von politischen Regimetypen aus. Ähnliche Funktionserfordernisse würden daher in verschiedenen Herrschaftssystemen durch unterschiedliche politische Strukturen abgearbeitet. Daher würde beispielsweise die Expansion wohlfahrtsstaatlicher Politik in marktwirtschaftlichen und liberaldemokratisch verfassten Systemen voranschreiten, aber auch in den zu jener Zeit staatssozialistischen Systemen Mittel- und Osteuropas (Pryor 1968).

Das Wagner'sche Gesetz der wachsenden Staatsausgaben

Adolph Wagner war ein Nationalökonom im kaiserlichen Deutschland und zählte aufgrund seines Eintretens für einen sozialpolitisch starken Staat zu den sogenannten Kathedersozialisten, also zu denjenigen Professoren, die kraft ihres sozialpolitischen Engagements nur vom Katheder aus auf die Politik und die Gesellschaft einzuwirken versuchten. Berühmt wurde er durch das *Wagner'sche Gesetz* der steigenden Staatsausgaben. Die Staatsausgaben begreift Wagner als „finanzielle Formulierung" der Staatstätigkeit (Wagner 1893: 892). Aus seinen Beobachtungen ergibt sich für ihn das Bild einer absoluten und relativen Ausdehnung der Staatsaktivitäten: „Der Staat speziell als Wirthschaft zur Fürsorge der Bevölkerung mit gewissen Gütern, besonders Gemeingütern für gewisse Bedürfnisse aufgefasst, wird dabei absolut immer wichtiger für die Volkswirthschaft und für die Einzelnen. Aber auch seine relative Bedeutung steigt (...)" (ebd.: 893). Diese Entwicklung ist für Wagner so augenfällig, dass er sie als ein Gesetz formuliert, als Gesetz „der wachsenden Ausdehnung der öffentlichen (inkl. kommunalen usw.), besonders der Staatsthätigkeit" (Wagner 1911: 734). Die Expansion der staatlichen Aktivitäten erfasst die beiden wichtigsten Staatszwecke nach Wagner: den Rechtszweck und den Machtzweck. Zugrunde liegt die Diagnose, dass eine komplexer werdende Gesellschaft höhere Ansprüche an die Rechtsordnung und an die öffentliche Daseinsvorsorge entwickelt und dass der Staat somit gezwungen werde, im stärkeren Maße in Regeln einzugreifen, aber auch durch Ausgaben zu intervenieren. Die Entwicklung der Volkswirtschaft schaffe immer kompliziertere Verkehrs- und Rechtsverhältnisse. Gleiches werde durch das System der freien Konkurrenz in der Wirtschaft hervorgerufen. Auf dem Gebiet des Kultur- und des Wohlfahrtszweckes nennt Wagner ebenfalls Gründe, warum sich die Leistungsfähigkeit des Staates relativ zu derjenigen der Wirtschaft vergrößere. Die aus Wagners Sicht zentrale Ursache ist im technischen Fortschritt zu sehen. Mit neuen Produktionstechniken, wie zum Beispiel der Dampfmaschine (so Wagner 1893: 902) werde es dem öffentlichen Staats- und Kommunalbetrieb ökonomisch-technisch leichter möglich als der Privatwirtschaft, erfolgreiche Unternehmen zu gründen und zu betreiben. Die eigentliche Ursache der wachsenden Staatsaufgaben ist somit ein vielschichtiger Prozess sozialökonomischer Entwicklung, insbesondere der Fortschritt von Kultur und die Entwicklung der Volkswirtschaft einschließlich der sozialen Folgen wie derjenigen der Industriearbeit und der Zusammenballung von Bevölkerungsmassen in den großen Städten.

Wilenskys Analyse der wohlfahrtsstaatlichen Anstrengungen

Das dritte Beispiel für die sozioökonomische Theorie der Staatstätigkeit entstammt einer Studie von Harold Wilensky aus dem Jahre 1975 (The Welfare State and Equality). In dieser Untersuchung versuchte Wilensky zu erklären, warum der Anteil der Sozialausgaben am Sozialprodukt in 22 entwickelten Ländern Mitte der 1960er Jahre (1966) stark variiert. Seine Antwort lautete – auf der Basis umfangreicher statistisch vergleichender Auswertungen – wie folgt: Der ökonomische Entwicklungsstand der verschiedenen Länder sei der zugrunde liegende Faktor für die Sozialpolitik und die in letzter Instanz maßgebliche Größe für die Variation der Sozialleistungsquote[2]. Seine Wirkung entfalte sich aber erst über zwei intervenierende Variablen, nämlich über den demographischen Faktor des Wandels der Seniorenquote (d.h. des prozentualen Anteils der mindestens 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung) und das Alter der sozialen Sicherungssysteme. Langfristig gesehen sei der ökonomische Entwicklungsstand die Hauptwurzel der wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung. Aber die Effekte des wirtschaftlichen Entwicklungsstandes machten sich hauptsächlich über demographische Veränderungen in den vergangenen hundert Jahren bemerkbar und über das Eigengewicht der Sozialversicherungsprogramme. Im Zuge der Modernisierung nähmen die Geburtenraten ab und der Anteil der älteren Bevölkerung zu. Die gestiegene Bedeutung des Anteils der älteren Bevölkerung zusammen mit dem abnehmenden wirtschaftlichen Wert von Kindern vergrößere ihrerseits den Druck auf die Sozialausgaben. Sobald Sozialprogramme fest etabliert seien, reiften sie weiter, bewegten sich in die Richtung der Erfassung zusätzlicher Bevölkerungskreise und brächten höhere Sozialleistungen mit sich. Die Politik der sozialen Sicherung sei ein natürlicher Begleiter des wirtschaftlichen Wachstums (Wilensky 1975: 47). Allerdings fügt Wilensky eine wichtige Differenzierung hinzu, nämlich die, dass dieser Prozess verstärkt werde durch das Zusammenspiel von Perzeptionen der politischen Führungsschicht, dem politischen Druck der Massen und den wohlfahrtsstaatlichen Bürokratien (ebd.).

[2] Die Sozialleistungsquote ist als das Verhältnis der im Sozialbudget dokumentierten direkten und indirekten öffentlichen Sozialleistungen und des Bruttosozialprodukts definiert. Die Sozialleistungsquote wird mit verschiedenen Messkonzepten (Brutto- respektive Nettosozialleistungsquote) erfasst, zwischen denen teilweise erhebliche Unterschiede bestehen. Die Unterschiede der wichtigsten Messkonzepte werden in Kapitel V.3 dargestellt.

2.3 *Stärken und Schwächen der sozioökonomischen Theorien*

Stärken

Anwendung fanden sozioökonomische Theorien vor allem in Studien über die politisch-ökonomische Entwicklung, die Staatsfinanzen und die staatlichen Eingriffe in das Arbeitsleben. Die Stärke des Ansatzes liegt in der Betonung sozioökonomischer Entwicklungstrends und des Drucks, der Zwänge sowie der Handlungsmöglichkeiten und -sperren, die von diesen Trends auf die Staatstätigkeit ausgehen.

Bei einer Analyse der Staatsausgaben im Allgemeinen und der Sozialausgaben im Besonderen erweisen sich zentrale Größen der sozioökonomischen Theorien als wichtige Einflussfaktoren für Ausgabenniveaus und Ausgabenveränderungen. So unterscheiden sich wirtschaftlich arme und wirtschaftlich reiche Länder in signifikantem Ausmaß durch die Höhe der Staatsausgaben. Die Staatsausgaben pro Kopf in den wirtschaftlich reichen Ländern sind um ein Vielfaches höher als in den ärmeren Ländern. Dahinter stehen Unterschiede im Bedarf, aber auch Unterschiede in den finanziellen Mitteln und damit den Möglichkeiten, den Bedarf durch sozialpolitisches Engagement zu decken. Ähnliche Befunde gelten hinsichtlich der Ausgaben für Bildungspolitik, Gesundheit und Umweltschutz. Auch hier gibt es einen signifikanten Unterschied zwischen armen und reichen Ländern, der im Wesentlichen am unterschiedlichen ökonomischen Entwicklungsstand festzumachen ist. Überdies erhärtet sich dieser Befund in methodisch elaborierten Auswertungen, die sich sogenannter gepoolter Querschnitt- und Längsschnittanalysen bedienen (vgl. Kapitel 8: Methoden der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung).

Der Effekt des Unterschiedes zwischen reichen und armen Ländern macht sich auch bei den *Sozialleistungsquoten* (öffentliche Sozialausgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts) bemerkbar. Hohe Sozialleistungsquoten kennzeichnen nach wie vor in der Regel hauptsächlich wirtschaftlich reichere oder sehr reiche Länder, insbesondere die westeuropäischen Länder und in abgeschwächtem Maß die nichteuropäischen Industriestaaten. Niedrige Sozialleistungsquoten hingegen sind kennzeichnend für die meisten wirtschaftlich weniger entwickelten oder wirtschaftlich armen Länder. Davon gibt es allerdings Ausnahmen. Es gab wirtschaftlich relativ schwach entwickelte Staaten mit überaus ehrgeiziger Sozialpolitik. Die ehemaligen sozialistischen Staaten in Mittel- und Osteuropa sind hierfür die Paradebeispiele. Und es gibt wirtschaftlich hoch entwickelte Staaten, wie

etwa die Erdöl exportierenden Länder, die sozialpolitisch äußerst sparsam wirtschaften. Aber dies sind Ausnahmen, nicht die Regel.

Wasser auf die Mühlen der sozialökonomischen Theorie gießt sodann bis auf den heutigen Tag jede Analyse des Effekts der Demographie auf die Sozialpolitik und die Sozialausgaben im Besonderen. In der Regel gibt es eine sehr starke Korrelation zwischen den Sozialausgaben bzw. den Sozialleistungsquoten einerseits und der Seniorenquote andererseits. Sehr hohe Korrelationen ergeben auch disaggregierte Daten, beispielsweise die Wechselwirkung zwischen den Ausgaben für Alterssicherungssysteme und der Seniorenquote oder die Korrelationen zwischen den Gesundheitsausgaben oder den Ausgaben für chronisch Kranke einerseits und der Seniorenquote andererseits. Dies und vieles andere mehr spricht für die sozialökonomische These, so beispielsweise auch die Bedarfslagen, die durch Kriegsopfer und durch hohe Arbeitslosigkeit entstehen, oder, um eine drittes Beispiel zu wählen, das Vorhandensein von Problemindustrien: Diese sind anfällig für krisenhaften Strukturwandel und gehen häufig einher mit relativ aufwendigen sozialpolitischen Programmen zur Abpolsterung des Strukturwandels.

Ferner spricht für die sozialökonomische Theorie ein Weiteres: Auch in multivariaten Analysen erhärtet sich die These, dass die sozialökonomischen Faktoren von großer Prägekraft sind, und zwar bei gleichzeitiger Berücksichtigung des Einflusses beispielsweise von parteipolitischen und von politisch-institutionellen Bestimmungsfaktoren auf die Sozialpolitik insgesamt oder die Sozialausgabenpolitik im Besonderen.

Auch fallbezogene Analysen der Staatstätigkeit, zum Beispiel Studien zur staatlichen Reformpolitik, können wichtige Erkenntnisse zu den Schlüsselvariablen der sozioökonomischen Theorien zu Tage fördern. Beispielsweise dann, wenn danach gefragt wird, wann der wirtschaftliche Kontext für bestimmte Vorhaben der Regierungspolitik günstige beziehungsweise ungünstige Rahmenbedingungen darstellt. Insofern tun auch qualitative Studien über die Staatstätigkeit in einzelnen Ländern und Politikfeldern gut daran, sozioökonomische Rahmenbedingungen für Regierungshandeln angemessen zu berücksichtigen, wenn sie Ursachen und Auslösemechanismen für politisches Tun und Lassen auf die Spur kommen wollen.

Schwächen

Zu den charakteristischen Schwächen der sozioökonomischen Theorien zählt die Vernachlässigung der Analyse des Politischen. Insbesondere die unzureichende

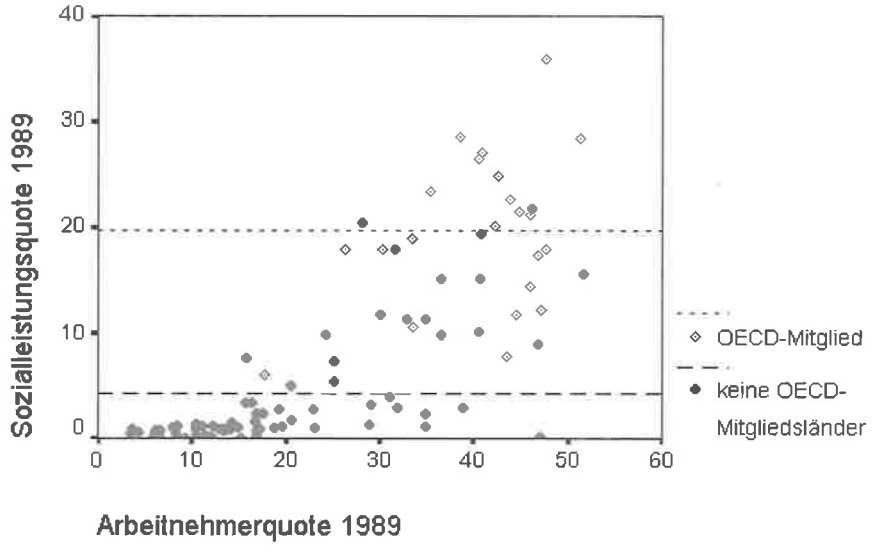
Erfassung politischer Institutionen, Akteure, Wahlfreiheiten sowie der relativen Autonomie der Politik gegenüber Gesellschaft und Wirtschaft fällt negativ ins Gewicht. Auf gegebene Problemlagen kann die Politik höchst unterschiedlich reagieren: durch Problembewältigung, Ignoranz oder Repression. Politisches Handeln und Nichthandeln ist allein mit dem Verweis auf sozioökonomische Phänomene nicht hinreichend zu verstehen und zu erklären. Als erster wichtiger Kritikpunkt an einem Teil der sozioökonomischen Erklärungsansätze von Staatstätigkeit ist daher die Vernachlässigung anderer wichtiger Faktorenbündel zu nennen.

Hinzu kommt der bisweilen unklare theoretische Status sozialökonomischer Variablen. Diese sind nicht in allen Fällen zweifelsfrei exogen, sondern vielfach endogene Variablen, also Produkte politischer Prozesse und Inhalte aus Vorperioden. So ist beispielsweise die Seniorenquote eine durch Staatstätigkeit mitkonstruierte Größe, und nur im Zusammenhang mit sozialrechtlichen Festschreibungen von Alterssicherungsansprüchen kommt ihr entsprechendes Gewicht zu (Siegel 2002). Der Bedarf an wohlfahrtsstaatlichen Policies mag durch demographische Kennziffern im Rahmen von quantitativen Analysen relativ gut erfasst werden. Implementiert werden politisch durchgesetzte und rechtlich verbriefte Leistungsansprüche an Arbeitslose, Invalide, dauerhaft Pflegebedürftige, Familien, ältere Menschen und an andere Zielgruppen der Sozialpolitik jedoch im Rahmen politischer Prozesse.

Eine dritte zu kritisierende Schwäche kommt dann zum Tragen, wenn sozioökonomische Theorien deterministische Ursache-Wirkungs-Mechanismen postulieren. Es gibt keine automatische Umsetzung von sozialökonomischen Wandlungsprozessen in Staatstätigkeit. Zumindest rein theoretisch bestehen Alternativen für die staatlichen Akteure. Verantwortliche Politiker streben im idealen Fall nach adäquater Problemlösung. Aber sie können unter Umständen auch nichts tun, also politisches Nichthandeln als oberste Maxime an den Tag legen. Schließlich bestehen auch Möglichkeiten der repressiven Abwehr von Forderungen an die Politik und der Vernebelung durch systematische Ideologieproduktion.

Dies führt zu einem vierten Kritikpunkt. Ob und in welchem Ausmaß sozialökonomische Gegebenheiten sich in Staatstätigkeit niederschlagen, hängt von ihrer wirkungsvollen Übersetzung in Forderungen und Unterstützungsleistungen an das politische System und insbesondere an Regierungen ab. Die interessante Frage ist, wann und wie es zu solchen Übersetzungen überhaupt kommt und wann und unter welchen Bedingungen diese unterbleiben. Just diesem Problem widmet sich ein wichtiger Teil der Politikwissenschaft, die vergleichende Analyse politischer Systeme und deren interner Prozesse und der Politikproduktion. Dabei rücken Begriffe wie Interessen, Institutionen, Konflikte, Restriktionen, Nichtentscheidung, Steuerung, Steuerungsfähigkeit, Steuerbarkeit und Macht in den Fokus. Von den Machtressourcen kollektiver Akteure und sozialer Klassen handelt auch der nächste Theoriestrang in der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung, den wir im Kapitel 3 vorstellen und würdigen.

Abbildung 1: Sozialleistungsquote und Arbeitnehmerquote



Anmerkungen: Arbeitnehmerquote: Beschäftigte in Prozent der Bevölkerung, Quelle: OECD 1996; Sozialleistungsquote: öffentliche Sozialausgaben in Prozent des BSP, Quelle: ILO 1996.

Zuvor aber noch zu einem letzten Kritikpunkt an sozioökonomischen Theorien der Staatstätigkeit. Wie ein genauerer Blick auf die Analysen vor allem von Wilensky und Zöllner zeigt, haben sich Schlüsselgrößen der sozioökonomischen Schule wie der Stand der wirtschaftlichen Entwicklung (gemessen u.a. am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf) und die *Arbeitnehmerquote* (der Anteil der Arbeitnehmer, also der abhängig Beschäftigten, an den gesamten Erwerbstätigen in Prozent) im nichtagrarischen Sektor dann als die wichtigste Einflussgröße des Niveaus der Sozialausgaben entpuppt, wenn Länder auf einem sehr unterschiedlichen wirtschaftlichen Modernisierungs- und Entwicklungsniveau untersucht wurden. Dabei handelt es sich um ein so genanntes *most dissimilar systems design*,

also eine Vergleichsanordnung, bei der Länder mit sehr stark abweichenden wirtschaftlichen und politischen Profilen in die Analyse einbezogen werden. Beschränkt man sich dagegen auf Länder mit ähnlicher politischer und wirtschaftlicher Basis, etwa auf den Vergleich der marktwirtschaftlich organisierten OECD-Demokratien – also ein sogenanntes *most similar systems design*–, so verliert insbesondere der Stand wirtschaftlicher Entwicklung an Erklärungskraft und politische Größen treten statt dessen als wichtige Einflussgrößen in den Vordergrund.

Literatur

Kommentierte Literaturhinweise

Marx, Karl, 1970: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band, Buch I. Der Produktionsprozeß des Kapitals, in: Marx, Karl/Engels, Friedrich, Werke Bd. 23, Berlin.
Klassiker der gesellschaftskritischen politisch-ökonomischen und auf den Klassenkonflikt abzielenden Literatur.

Zöllner, Detlev, 1963: Öffentliche Sozialleistungen und wirtschaftliche Entwicklung. Ein zeitlicher und internationaler Vergleich, Berlin.
Bahnbrechender, der sozioökonomischen Theorie verpflichteter Beitrag zum internationalen Vergleich.

Wilensky, Harold L., 1975: The Welfare State and Equality, Berkeley.
Wegweisender Beitrag der angloamerikanischen soziökonomischen Schule der 1960er und 1970er Jahre.

Zitierte Literatur

Dye, Thomas R., 1977: Policy-Analysis. What Governments do, why they do it, and what Difference it Makes, Alabama.
Kerr, Clark u.a. 1960: Industrialism and Industrial Man, Harmondsworth.
Marx, Karl, 1970: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band, Buch I. Der Produktionsprozeß des Kapitals, in: Marx, Karl/Engels, Friedrich, Werke Bd. 23, Berlin.
Pampel, Fred C./Williamson, John B., 1989: Age, Class, Politics, and the Welfare State, New York u.a.
Pryor, Frederic L., 1968: Public Expenditure in Communist and Capitalist Nations, London.

Shonfield, Andrew, 1965: Modern Capitalism. The Changing Balance of Public and Private Power, Oxford u.a.
Wagner, Adolph, [3]1893: Grundlegung der politischen Ökonomie. Teil I. Grundlagen der Volkswirtschaft, Leipzig.
Wagner, Adolph, 1911: Staat (in nationalökonomischer Hinsicht), in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften Bd. 7, Jena, 727-739.
Wilensky, Harold L., 1975: The Welfare State and Equality, Berkeley.
Wilensky, Harold L., 2002: Rich Democracies. Political Economy, Public Policy and Performance, Berkeley u.a.
Zöllner, Detlev, 1963: Öffentliche Sozialleistungen und wirtschaftliche Entwicklung. Ein zeitlicher und internationaler Vergleich, Berlin.